

## 1. Vorbemerkungen

Nach § 6 der Gemeindehaushaltskassenverordnung (GemHKVO) und den hierzu ergangenen Verwaltungsvorschriften ist im Vorbericht ein Überblick über den Stand und die Entwicklung der Haushaltswirtschaft zu geben.

## 2. Rückblick auf die Haushaltswirtschaft 2008

Das Abschlußergebnis des Jahres 2008 stellt sich wie folgt dar:

	Haushaltssoll	Rechn.ergebnis*	Vergleich	Vergleich in Prozent
<b>Verwaltungshaushalt</b>				
Einnahmen	34.692.600,00	<b>39.770.938,06</b>	5.078.338,06	14,64%
Ausgaben	42.858.300,00	<b>41.769.364,33</b>	-1.088.935,67	-2,54%
Überschuss/Fehlbetrag	-8.165.700,00	<b>-1.998.426,27</b>	6.167.273,73	
<b>Vermögenshaushalt</b>				
Einnahmen	6.920.300,00	<b>6.180.177,39</b>	-740.122,61	-10,69%
Ausgaben	6.920.300,00	<b>6.180.177,39</b>	-740.122,61	-10,69%
Überschuss/Fehlbetrag	0,00	<b>0,00</b>	0,00	

\* Das **Rechnungsergebnis** setzt sich wie folgt zusammen:  
 Anordnungssoll  
 + neue Haushaltsreste  
 ./ Abgang auf alte Haushaltsreste (Vorjahr)  
 ./ Abgang auf alte Kassenreste (Vorjahr)  
 = **bereinigtes Soll = Rechnungsergebnis**

Trotz der erwarteten und angekündigten Energiekrise konnte die Ausgabeplanung im Vergleich zu 2007 von gleichen Ansätzen ausgehen.

Der Bauunterhaltungsbereich ist seit Jahren auf dem unteren Stand, so dass in 2008 nur die absolut notwendigsten Ausgaben für die weitere Aufrechterhaltung der Einrichtungen getätigt wurden. Bei den Personalausgaben wurde der von der Verwaltung ermittelte Ansatz pauschal um 250.000 € durch den Stadtrat gesenkt trotz der im Betreuungsbereich Kindergarten geplanten Krippenplätze und der hieraus resultierenden Neueinstellungen.

Die große Diskrepanz ist bei der Einnahmeentwicklung sichtbar. Während in vielen Städten die Entwicklung der Gewerbesteuer weniger dramatisch verlief, reihte sich die Stadt Nordenham bei den Städten ein, die bisher aufgrund der bisher hohen Exportlastigkeit, wegen hoher Preisschwankungen auf dem Weltmarkt und aufgrund von Währungsrisiken nicht von der allgemein guten Konjunktur der Wirtschaft in den Jahren 2007 und 2008 profitieren konnten.

Der Versuch, die aufgrund der Unternehmenssteuerreform zusätzlich zu erwartenden Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer über einen höheren Hebesatz zumindest teilweise zu kompensieren, hat die Politik mit Hinweis auf die abzuwartende Entwicklung in Nordenham mit Aufnahme im Haushaltsicherungskonzept erst einmal auf das Jahr 2009 verschoben. Andere Kommunen haben hier bereits der Tatsache Rechnung getragen, dass durch die Reform eine Neutralität bezüglich der Belastung durch die Gewerbesteuer bei einem Hebesatz von 380 % ausgerechnet wurde. Hoffungsvoll stimmt jedoch, dass viele Nordenhamer Betriebe Erweiterungen planen und im Jahre 2008 auch durch Gewerbeflächenkäufe bzw. -ausweitungen die Voraussetzungen für Expansioenen geschaffen haben. Hier bleibt aber abzuwarten, ob sich diese Investitionen ertrags- und steuerwirksam positiv auswirken.

In allen vorhandenen Gewerbegebieten kam es zu Grundstücksverkäufen sowohl für mittelständische Betriebe als auch für Industriebetriebe. Es sind rund 160.000 m<sup>2</sup> Gewerbeflächen aus städtischem Besitz veräußert worden und

weitere 240.000 m<sup>2</sup> von privaten Flächen in Industrieflächen umgewandelt worden.

Die Aufsichtsbehörde hat auf die vorgelegten Haushaltszahlen mit kritischen Anmerkungen reagiert und die Erhöhung der Kassenkreditaufnahme auf 15 Mio € unter folgender Maßgabe genehmigt:

"Die in den Hauptgruppen 4 "Personalkosten", den Gruppen 50 - 56 "Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand" und in den Gruppen 57 - 661 "Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben, Geschäftsausgaben..." des Verwaltungshaushaltes eingestellten Ansätze sind um insgesamt 1.000.000,00 € zu senken."

Die Umsetzung dieser Maßgabe erfolgte durch die Anordnung über die Haushaltssperre vom 12.06.2008, in der für einzelne Ausgabegruppen teilweise feste Beträge bzw. pauschale Prozentsätze gesperrt wurden.

Die von der Aufsichtsbehörde geforderte Rücknahme der Senkung der Kindergartengebühren hat der Stadtrat durch Satzungsänderung Folge geleistet.

Die Aufsichtsbehörde hatte in ihrem Genehmigungsschreiben weitere Sparmöglichkeiten und die Nutzung von Einnahmepotentialen angemahnt.

Das Haushaltssicherungskonzept würde keine Maßnahmen erkennen lassen, die in Zukunft nachhaltig zu einer Entlastung des Verwaltungshaushaltes führen. Für einen Haushaltsausgleich wären weitaus höhere Steuereinnahmen erforderlich. Durch erhöhte Kassenkredite zur Erfüllung der Aufgaben würden vermehrt Kassenkreditzinsen fällig, die die Handlungsmöglichkeiten der Stadt immer weiter einengen würden.

Bezogen auf die Einzelpläne des Verwaltungshaushaltes ergab sich folgende Entwicklung:

<b>a. Einnahmen</b>	Haushaltssoll	Rechnungsergebnis	Mindereinnahmen	Mehreinnahmen	
Einzelplan 0	241.600,00	338.754,41		97.154,41	
Einzelplan 1	226.500,00	290.592,90		64.092,90	
Einzelplan 2	711.900,00	612.984,27	-98.915,73		
Einzelplan 3	42.600,00	56.274,50		13.674,50	
Einzelplan 4	2.790.500,00	2.915.496,90		124.996,90	
Einzelplan 5	451.200,00	483.456,75		32.256,75	
Einzelplan 6	687.200,00	980.202,36		293.002,36	
Einzelplan 7	3.304.300,00	3.719.204,69		414.904,69	
Einzelplan 8	2.151.200,00	2.306.038,00		154.838,00	
Einzelplan 9	24.085.600,00	28.067.933,28		3.982.333,28	
<b>SUMME</b>	<b>34.692.600,00</b>	<b>39.770.938,06</b>	<b>-98.915,73</b>	<b>5.177.253,79</b>	<b>5.078.338,06</b>
<b>b. Ausgaben:</b>	Haushaltssoll	Rechnungsergebnis	Minderausgaben	Meherausgaben	
Einzelplan 0	3.561.100,00	3.099.037,23	-462.062,77		
Einzelplan 1	912.000,00	918.582,68		6.582,68	
Einzelplan 2	2.697.300,00	2.436.655,47	-260.644,53		
Einzelplan 3	494.000,00	415.018,47	-78.981,53		
Einzelplan 4	5.201.300,00	5.117.509,53	-83.790,47		
Einzelplan 5	2.018.700,00	1.821.385,94	-197.314,06		
Einzelplan 6	4.611.000,00	4.624.037,94		13.037,94	
Einzelplan 7	3.998.700,00	3.740.437,02	-258.262,98		
Einzelplan 8	800.200,00	869.178,34		68.978,34	
Einzelplan 9	18.564.000,00	18.727.521,71		163.521,71	
<b>SUMME</b>	<b>42.858.300,00</b>	<b>41.769.364,33</b>	<b>-1.341.056,34</b>	<b>252.120,67</b>	<b>-1.088.935,67</b>
<b>c. Saldo</b>	<b>8.165.700,00</b>	<b>1.998.426,27</b>		Fehlbetragsreduzierung:	<b>-6.167.273,73</b>

Bezüglich der Einnahme- und Ausgabearten sieht das Ergebnis des Jahres 2008 folgendermaßen aus:

## a. Einnahmen

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltssoll	Rechn.ergebnis	Differenz
000, 001	Grundsteuer	4.066.300,00	4.104.415,44	38.115,44
003	Gewerbsteuer	9.800.000,00	12.014.221,48	2.214.221,48
01	Anteile Eink.-/Umsatzsteuer	7.706.900,00	8.135.580,00	428.680,00
02-03	Sonstige Gemeindesteuern	189.800,00	193.288,00	3.488,00
04-07	Zuweisungen / Umlagen	660.000,00	662.577,00	2.577,00
10-12	Gebühren und Entgelt	4.670.500,00	5.518.752,14	848.252,14
13-15	Einnahmen, Mieten u. Pachten	905.700,00	931.323,30	25.623,30
161	Erstattungen Land	362.200,00	276.418,38	-85.781,62
162	Erstattungen Kreis	837.200,00	782.492,85	-54.707,15
160,163-168	Sonstige Erstattungen	341.500,00	425.009,93	83.509,93
169	Innere Verrechnungen	112.800,00	109.720,98	-3.079,02
17	Zuweisungen	1.747.900,00	1.791.359,51	43.459,51
20	Zinseinnahmen	274.500,00	461.031,46	186.531,46
21-22	Gewinnanteile, Konzessionsabgaben	1.237.500,00	1.400.871,11	163.371,11
232	Schuldendiensthilfen	80.000,00	68.526,75	-11.473,25
24-25	Kostenersatz	0,00	6.771,09	6.771,09
26	Weitere Finanzeinnahmen	279.400,00	1.468.333,65	1.188.933,65
27	Kalkulatorische Kosten	1.420.400,00	1.420.244,99	-155,01
28	Zuführung vom VermHH	0,00	0,00	0,00
<b>SUMME</b>		<b>34.692.600,00</b>	<b>39.770.938,06</b>	<b>5.078.338,06</b>

## b. Ausgaben

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltssoll	Rechn.ergebn.	Differenz
4	Personalausgaben gesamt	10.419.200,00	10.083.414,63	-335.785,37
50-51	Unterhaltung	4.997.600,00	4.498.359,33	-499.240,67
52	Unterhaltung Einrichtung	269.700,00	220.486,86	-49.213,14
53 - 54	Mieten, Bewirtschaftung	2.584.300,00	2.286.941,75	-297.358,25
55 - 66	Fahrzeuge, Weitere Betr.ausg.	2.230.600,00	2.103.767,72	-126.832,28
67-68	Erstattung, Kalk. Kosten	1.751.300,00	1.729.354,01	-21.945,99
70 - 727	Zuweisungen Schuldend.hilfe	1.701.800,00	1.591.873,07	-109.926,93
73 -79	Jugendhilfe, sonst. soz. Leistungen	334.800,00	232.163,02	-102.636,98
80	Zinsausgaben	1.627.500,00	1.541.095,99	-86.404,01
81	Umlagen	1.676.300,00	1.983.994,00	307.694,00
82 - 83	Zuweisungen	13.187.400,00	13.140.732,00	-46.668,00
84	Sonstige Finanzausgaben	55.000,00	427.229,25	372.229,25
86	Zuführung zum VermHH	1.742.200,00	1.664.846,64	-77.353,36
877	Zinsen für äußere Kassenkredite	280.600,00	265.106,06	-15.493,94
893	Deckung Soll-Fehlbeträge Vorjahr	0,00	0,00	0,00
894	Deckung Soll-Fehlbeträge Vor-Vorjahr	0,00	0,00	0,00
<b>SUMME</b>		<b>42.858.300,00</b>	<b>41.769.364,33</b>	<b>-1.088.935,67</b>

<b>c. Saldo</b>		<b>8.165.700,00</b>	<b>1.998.426,27</b>	<b>-6.167.273,73</b>
-----------------	--	---------------------	---------------------	----------------------

## 3. Überblick über die Haushaltswirtschaft des Jahres 2009

Am 11.11.2008 hatte die Verwaltung den Fraktionen einen Entwurf des ersten Produkthaushaltes 2009 vorgelegt. Mit dem Jahre 2009 ist die Rechnungslegung bei der Stadt Nordenham von der Klameralistik auf die Doppik umgestellt worden.

In seinem Anschreiben an die Fraktionen zu Beginn des Haushaltsjahres hat der Bürgermeister deutlich gemacht, dass die Stadt Nordenham trotz einiger Konsolidierungsmaßnahmen unter anderem auch durch Einsparungen im Personalbereich des gehobenen/höheren Dienstes weit davon entfernt ist, einen Haushaltsausgleich erreichen zu können. Dies sei auch auf sich abzeichnende Gewerbesteuerausfälle zurückzuführen. Weiterhin wird der Haushalt wie folgt eingebracht:

"Zur Sicherung der überdurchschnittlich komfortablen Angebotsstruktur der Stadt Nordenham in diversen kommunalen Einrichtungen bedarf es daher einer nachhaltigen Verbesserung der Einnahmesituation sowie einer nachhaltig wirkenden Optimierung aller Kostenstrukturen. Der Haushaltsentwurf 2009 enthält entsprechende **Zukunftsinvestitionen** mit einem entsprechend hohen Fremdfinanzierungsanteil, um schwerpunktmäßig in den nachstehend aufgeführten Bereichen für die künftigen Haushalte wirtschaftliche Verbesserungen erreichen zu können:

### 1. Energetische Sanierung aller städtischen Gebäude

Ziel: Halbierung der Energieverbräuche

### 2. Schaffung einer zukunftsorientierten Wirtschafts- und Infrastruktur

Ziel: Betriebsansiedlungen und -erweiterungen, Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, Mehreinnahmen bei den Grundsteuern, Gewerbesteuern, Finanzzuweisungen aus den Einkommensteueranteilen, Erhöhung der Kaufkraft etc.

### 3. Bildung eines kommunalen Grundstücks- und Immobilien-Pools

Ziel: Verbesserung der Reaktionsfähigkeit am Immobilienmarkt zwecks Sicherung geeigneter Flächen für Wirtschafts- und Gewerbeimmobilien, Optimierung der Handlungsfähigkeit bei wirtschaftsfördernden Maßnahmen, Verkürzung der Entscheidungsprozesse

Die in den vorgenannten Bereichen geplanten Investitionen und Darlehensaufnahmen sind keine "verlorenen Geldmittel", sondern zeichnen sich wie bei den Gebührenhaushalten aus durch Rentabilität und durch mittelfristige Kapitalrückflüsse bei der Vermarktung von Wirtschafts- und Gewerbeflächen."

Nach Beratung des Verwaltungsentwurfes und der von den Fraktionen eingebrachten Änderungsanträge ist über den Haushalt 2009 am 18.12.2008 durch den Rat entschieden worden.

Die Aufsichtsbehörde hat die Genehmigung des Haushaltes am 11.06.2009 mit folgenden Einschränkungen erteilt:

- 1) „Die Genehmigung zu § 2 der Haushaltssatzung wird unter der Maßgabe, dass der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen um 1.000.000,00 € verringert wird, erteilt, wobei sich dies nicht auf die Bereiche „Energetische Sanierung“, „zentrale Abwasserbeseitigung“ und „Verbesserung der Wirtschafts- und Infrastruktur“ auswirken soll.“

§ 2 lautet wie folgt:

*Festsetzung des Gesamtbetrages der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf 7.473.200,00 €.*

- 2) „Die Genehmigung zu § 4 der Haushaltssatzung wird mit der Auflage verbunden, dass bis zum 31. Oktober 2009 ein den im Rd.Erl. d. MI vom 30.10.2007 (Nds. MBl. S. 1254) veröffentlichten „Hinweisen zur Aufstellung und inhaltlichen Ausgestaltung des Haushaltssicherungskonzepts (§ 82 Abs. 6 NGO)“ entsprechendes Haussicherungskonzept vorgelegt wird.“

*§ 4 lautet wie folgt:*

*Festsetzung des Höchstbetrages der Liquiditätskredite auf 16.000.000,00 €.*

Auf Vorschlag der Verwaltung hat der Stadtrat auf Maßnahmen in den folgenden Einrichtungen verzichtet

Hallenbad Nord	570.000,00 €
Störtebekerbad	430.000,00 €
SUMME	1.000.000,00 €

Die Forderung, die Darlehensaufnahme entsprechend zu kürzen, war somit erfüllt.

Zu der Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes als Auflage für die Genehmigung der Liquiditätskredite führt die Aufsicht aus, dass in den letzten Jahren regelmäßig gefordert wurde, die Ausgabelast des Verwaltungshaushaltes zu vermindern und die freiwilligen Leistungen einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Nennenswerte Ergebnisse sind nicht zu verzeichnen. (...) ist festzulegen, innerhalb welchen Zeitraumes der Haushaltsausgleich erreicht, wie der ausgewiesene Fehlbetrag abgebaut und wie das Entstehen eines neuen Fehlbetrages in künftigen Jahren vermieden werden soll. Diese Aussagen gibt das vorliegende Konzept nicht her.

Die Aufgabenstellung war damit klar vorgegeben. Die Aufsicht erwartete unter Berücksichtigung bestehender Verträge und Verpflichtungen eine Auflistung der möglichen Einsparpotentiale und Ausgabenkürzungen insbesondere im freiwilligen Bereich ab dem Jahre 2010, da bis zum 30.10.2009 eine Konsolidierung keine Auswirkungen auf den laufenden Haushalt mehr haben kann.

Die Verwaltung wurde beauftragt, Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung bis Anfang Juni 2009 vorzulegen.

Das sodann erarbeitete Haushaltssicherungskonzept wurde fristgerecht der Aufsichtsbehörde vorgelegt.

Über die inhaltliche Bedeutung und Reichweite wurde in der Öffentlichkeit vielfach diskutiert, wobei eine breite Akzeptanz und Zustimmung zu den bisherigen Maßnahmen, insbesondere zu den Belastungen durch die Anhebung der Hebesätze bei den Gewerbesteuern und den Grundsteuern, sowie bei den erheblichen Kürzungen der Zuschüsse für Vereine und Verbände zu verzeichnen war.

Bereits am 26.03.2009 wurde der erste Nachtrag zum Haushalt 2009 durch den Stadtrat verabschiedet. In diesem Nachtrag wurden Maßnahmen im Investitionsbereich zusätzlich zum bestehenden Haushalt angemeldet, um Fördergelder aus dem Konjunkturpaket II zu erhalten. Gleichzeitig ist der Eigentanteil durch eine zusätzliche Darlehensaufnahme gesichert worden. Die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erfolgte am 17.04.2009. Geplant waren Maßnahmen für 1.088.000,00 € in den Schulen Abbehausen und Süd mit einem Fördervolumen von 775.900,00 €

Die Veröffentlichung der beiden Haushaltssatzungen erfolgte am 26.06.2009 im Amtsblatt.

## **Haushaltsentwicklung 2009:**

Aufgrund der bestehenden Finanzkrise ist es zu erheblichen Steuereinbrüchen bei der Gewerbesteuer gekommen. Der im Haushalt 2009 bereits vorsichtig geplante Ansatz von 8,4 Mio € war auf 4,0 Mio € zu korrigieren.

Damit hat der Abwärtstrend bei der Erhebung der Gewerbesteuer einen dramatischen Tiefstand erreicht, wie folgende Tabelle zeigt:

2003	11.609.114,67		
2004	10.530.798,99		
2005	7.517.518,15		
2006	20.692.830,35		
2007	13.527.031,20		
2008	12.014.221,48		
<i>bisheriger Durchschnitt</i>	<i>12.648.585,81</i>		
2009	4.000.000,00	Ansatz 2009	(Anordnungssoll 2009: 5.100.000)
2010	5.000.000,00	Ansatz 2010	
2011	7.500.000,00	örtliche Einschätzung laut Ratsbeschluss	
2012	8.500.000,00	örtliche Einschätzung laut Ratsbeschluss	
2013	9.500.000,00	örtliche Einschätzung laut Ratsbeschluss	

Neben dieser Entwicklung mit Auswirkung auf den Ergebnishaushalt sind auch Korrekturen im Finanzhaushalt notwendig geworden, da verschiedene Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II leider nicht anerkannt wurden und somit entfallen. Bei der Aufstellung des zweiten Nachtrages zum Haushalt 2009 sind daher ebenfalls Verschiebungen bei der Durchführung von Maßnahmen zu berücksichtigen, die mit der späten Genehmigung und Veröffentlichung des Haushaltes zu tun haben aber auch mit den aus 2008 gebildeten und noch nicht erledigten Haushaltsausgaberesten. Um hier eine Neuordnung in der zeitlichen Durchführung der Maßnahmen und bei der Kreditemächtigung zu regeln und damit die Klarheit der voraussichtlichen Verschuldung herzustellen, ist das Investitionsprogramm neu aufgestellt worden.

Aufgrund dieser Entwicklungen war ein zweiter Nachtragshaushalt für die Stadt Nordenham aufzustellen.

Unter Berücksichtigung der insgesamt drei im Jahre 2009 aufgestellten Haushaltsplanungen ergibt sich folgender Überblick:

<b>A</b>	<b>Ergebnishaushalt</b>		
	Ertrag		33.723.600,00
	Aufwand		42.435.750,00
	Überschuss/Fehlbetrag		-8.712.150,00
	<u>davon:</u>		
	Ordentliche Erträge		33.665.900,00
	Ordentliche Aufwendungen		42.332.350,00
	Ergebnis (Überschuss/Fehlbetrag)		-8.666.450,00
	Außerordentliche Erträge		57.700,00
	Außerordentliche Aufwendungen		103.400,00
Ergebnis (Überschuss/Fehlbetrag)		-45.700,00	
<b>B</b>	<b>Finanzhaushalt</b>		
	Einzahlungen		38.861.800,00
	Auszahlungen		48.902.050,00
	Saldo (Überschuss/Fehlbetrag)		-10.040.250,00
	<u>davon:</u>		
	Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit		32.234.500,00
	Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit		38.973.150,00
	Saldo		-6.738.650,00
	Einzahlungen für Investitionstätigkeit		3.346.300,00
	Auszahlungen für Investitionstätigkeit		8.321.200,00
	Saldo		-4.974.900,00
	Einzahlung für Finanzierungstätigkeit		3.281.000,00
	Auszahlung für Finanzierungstätigkeit		1.607.700,00
Saldo		1.673.300,00	

## C Verschuldung 2009

Im ursprünglichen Haushalt waren Kreditaufnahmen in Höhe von 7.473.200,00 geplant.  
Im 1. Nachtrag wurde diese Summe um 2.093.900,00€ erhöht, so dass 9.567.100,00 geplant waren.  
Hiervon entfielen auf die Nettokreditaufnahme 1.607.700,00 ,  
so dass eine Neuverschuldung von 7.959.400,00 entstand.  
Nunmehr ist durch den 2. Nachtrag die Neuverschuldung um insgesamt 6.331.100,00 niedriger  
geplant, so dass bei der Fülle von Maßnahmen noch eine Neuverschuldung von  
nur noch 1.628.300,00 entsteht.

Der Schuldenstand zu Beginn des Jahre 2009 betrug einschließlich der  
sogenannten rentierlichen Schulden insgesamt 37.684.621,87 IST  
und erhöht sich somit durch die Maßnahmen in 2009 auf 39.312.921,87

Neuverschuldungen wurden wie folgt eingeplant:	2010	4.051.000,00
	2011	859.300,00
	2012	1.117.700,00
	2013	0,00
	SUMME:	45.340.921,87

### Rücklage 2008

Die Finanzierung 2009 kann auch deshalb besser gestaltet werden, da aufgrund des Jahresergebnisses 2008 eine freie Rücklage in Höhe von 1.646.268,00 festgestellt worden ist. Diese Mittel sind als liquide Mittel in das Jahr 2009 zu übernehmen und stehen dort entsprechend der Zweckbestimmung der früheren allgemeinen Rücklage für Investitionen zur Verfügung.

---

## 4. Überblick über die Haushaltsentwicklung 2010

### 1. Ausblick

Die in den Jahren 2008 und 2009 begonnene Förderung der Industrie und der Wirtschaft durch Bereitstellung von bebaubaren Erweiterungsflächen zur Neuansiedlung wird in den Folgejahren fortgesetzt. Allerdings ist aufgrund der Finanzkrise eine deutliche Einschränkung der Investitionen vorgenommen worden. Die in 2009 geplante Industriestraße zwischen der K 188 und der B 212 und andere Ausbaupläne für vorhandene Industrieanbindungen werden bis auf Weiteres zurückgestellt. Das Augenmerk richtet sich auf die eigenen Immobilien und die Sanierung der betriebsnotwendigen Gebäudeteile und der Betriebsvorrichtungen.

Weiterhin sind Maßnahmen geplant, die die energetische Sanierung bzw. die Umstellung auf kostengünstige Einrichtungen zum Ziel haben.

Eine besondere Planung betrifft die Umstellung der Straßenbeleuchtung und der Signalanlagen auf moderne Beleuchtungseinrichtungen und damit der energetischen Verbesserung mit erheblichen Auswirkungen auf die Betriebskosten. Mit EU Verordnung wurde die hierzulande noch gebräuchliche Quecksilberdampflampe ab dem Jahre 2015 verboten. Die Regelung hat zur Folge, dass in Deutschland mindestens jede zweite Lampe ausgetauscht werden muss. Die Verordnung wurde am 24.03.2009 im Amtsblatt der europäischen Union veröffentlicht. In Kraft getreten ist sie am 13.04.2009.

Hintergrund ist der erhebliche Stromverbrauch, die hohen Wartungskosten und die geringe Lebensdauer; die bisher eingesetzten Lampen müssen bereits nach vier Jahren ausgetauscht werden. Hinzu kommt noch die erhebliche Umweltbelastung der mit hochgiftigem Quecksilber betriebenen Lampen.

Somit liegen die Vorteile einer frühzeitigen Auswechslung der Lampen auf der Hand. Die Austauschkosten werden bereits nach wenigen Jahren durch die lange Lebensdauer, den geringen Stromverbräuchen und den Einsparungen bei der Wartung wieder hereingeholt.

Die Verabschiedung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 im Rahmen der Haushaltsgenehmigung des Jahres 2009 hat in vielen Produkten zu einer Einsparung bzw. Verbesserung der Einnahmeerwartungen geführt. Diese sind in den Planungen berücksichtigt worden, soweit die Realisierung rechtlich möglich war. Nach den bisherigen Erkenntnissen wird die Aufsichtsbehörde die Fortführung der Sicherungsmaßnahmen fordern, so dass weitere Konsolidierungsmaßnahmen ergriffen werden müssen.

## 2. Allgemeine Finanzsituation - Prognosen und Entwicklungen

Hier sei es erlaubt, die in der Zeitschrift "der gemeinderat", Ausgabe 1/10 von Dr. Gerd Landsberg verfassten Äusserungen auszugsweise wiederzugeben, da diese die momentane Finanzsituation sehr treffend schildern: (Anmerkung: Dr. Landsberg ist geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes)

*"Wer tief im Schuldensumpf steckt, wird politisch handlungsunfähig.*

*Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat Deutschland in eine tiefe Rezession gestürzt und sie hat auch die Kommunen fest im Griff. Ihre Auswirkungen sind in den Städten und Gemeinden deutlich zu spüren: Drastisch sinkende Steuereinnahmen stehen steigenden Belastungen auf der Ausgabenseite gegenüber. Die kommunalen Haushalte werden somit gleich von zwei Seiten in die Zange genommen.*

*Nach den aktuellen Ergebnissen der Steuerschätzung müssen die Städte und Gemeinden auch im Jahr 2010 weitere Steuermindereinnahmen in Höhe von 1,0 Milliarden Euro hinnehmen. Die Ursache hierfür liegt vor allem in einem Einbruch beim Gewerbesteueraufkommen von über 17 Prozent; einzelne Städte müssen sogar Einbußen von über 50 Prozent verkraften. Das trifft die Kommunen besonders hart, denn die Gewerbesteuer ist nach wie vor ihre Haupteinnahmequelle.*

*Die finanziellen Perspektiven der Kommunen verdeutlichen nur allzu sehr die Tatsache, dass die Städte und Gemeinden ihre Aufgaben so nicht mehr weiter finanzieren können.*

*Deshalb ist es richtig, dass die neue Bundesregierung eine Kommission plant, die alle kommunalen Aufgaben auf den Prüfstand stellt. Wir brauchen eine grundlegende Aufgabenkritik.*

*Die finanziellen Engpässe bestimmen längst die politischen Entscheidungen vor Ort. Regelmäßig wird die Frage der Leistungseinschränkungen aufgeworfen. Tatsächlich ist für Kürzungen wenig Spielraum vorhanden, denn viele der kommunalen Aufgaben gehören zu den Pflichtaufgaben. Die freiwilligen Aufgaben dagegen, bei denen Kürzungen denkbar wären, prägen das Leben der Bürger vor Ort. Bibliotheken, Schwimmbäder oder der öffentliche Nahverkehr bedeuten eine Stück Lebensqualität.*

*Die Schuldenproblematik ist nicht allen auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zurückzuführen. Die Kommunen sind strukturell unterfinanziert. Zur Erfüllung ihrer laufenden Ausgabeverpflichtungen sind sie in hohem Maße auf neue Kassenkredite angewiesen. Kassenkredite, eigentlich als kurzfristige Liquiditätshilfe gedacht, entwickeln sich mehr und mehr zu einem Instrument der dauerhaften Schuldenfinanzierung.*

*Wenn wir weiter im Schuldensumpf versinken, laufen wir Gefahr, politisch handlungsunfähig zu werden. Auch darf die Frage der Generationengerechtigkeit nicht aus dem Blick geraten. Die Ergebnisse der Steuerschätzung untermauern, dass es für Steuersenkungen keinen Spielraum gibt. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz sollen Familien mit Kindern und Unternehmen entlastet werden. Die Kommunen sind mit Mindereinnahmen in Höhe von 8,5 Milliarden Euro betroffen. Ihre Finanzlage ist aber so dramatisch, dass sie dies kaum verkraften können.*

*Damit es nicht so weit kommt, dass die Kommunen ihre Aufgaben in Zukunft nicht mehr erfüllen können, muss die von der Koalition geplante Kommission schnell ihre Arbeit aufnehmen und schon bald Vorschläge zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung erarbeiten. Nur mit einer vernünftigen Kommunikation aller betroffenen Ebenen, Bund, Länder und Kommunen, und mit einem respektvollen Umgang miteinander, bei dem nicht eine Ebene versucht, in die Kasse der anderen zu buchen, kann eine Lösung der gravierenden Schuldenproblematik - nicht nur die der Kommunen -, aber auch ein Weg aus der Krise gefunden werden."*

Der Innenminister hat Ende des Jahre 2009 deutlich gemacht, dass unter Berücksichtigung bestimmter Kerngedanken, auch für die Aufnahme von Investitionskrediten durch finanziell belastete Kommunen sich vernünftige und akzeptable Lösungen finden lassen. Er hat weiter darauf hingewiesen, dass auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten kommunale Investitionen zur Zukunftssicherung möglich sein müssen. Das Innenministerium hat auch die unteren Kommunalaufsichtsbehörden auf diese Landeshaltung hingewiesen und die Landkreise gebeten gegenüber den kreisangehörigen Gemeinden entsprechend zu verfahren.

Diese Haltung bestätigt die bisherige Haushaltspolitik der Stadt Nordenham, in die energetische Sanierung zu investieren, die betriebsnotwendigen Maßnahmen zur Erhaltung der Einrichtungen zu ergreifen und zudem den Wirtschaftsstandort zu stärken. Die hierfür aufzubringenden Mittel sind für die heimische Wirtschaft gleichermaßen Antrieb und Zukunftsgarantie. Nicht zuletzt hat die Stadt Nordenham durch die im Jahre 2009 begonnenen Investitionsmaßnahmen schon vor den Beschlüssen der Bundesregierung zum Konjunkturpaket II Weitsicht und Verantwortung gezeigt.

Dieser Weg soll auch in den folgenden Jahre beschritten werden. Nach den derzeitigen Planungen ist es durchaus möglich, ab dem Jahre 2013 intensiv mit einer Entschuldung durch verringerte Darlehensaufnahmen zu beginnen.

## 3. Ergebnishaushalt

### a. Bei den Erträgen sind folgende Zahlen erwähnenswert:

Bezeichnung	2010	2009	Vergleich
01 Steuern und Abgaben	17.030.200	16.490.300	539.900,00
davon Grundsteuer A	161.900,00	147.500,00	14.400,00
Grundsteuer B	4.380.000,00	3.921.100,00	458.900,00
Gewerbsteuer	5.400.000,00	4.000.000,00	1.400.000,00
Gemeindeanteil a.d. Eink. Steuer	5.617.000,00	6.206.700,00	-589.700,00
Gemeindeanteil a.d. Ums. Steuer	1.256.400,00	2.019.600,00	-763.200,00
02 Zuwendungen und Umlagen	5.065.900,00	6.210.400,00	-1.144.500,00
davon Schlüsselzuweisungen	2.505.800,00	3.684.900,00	-1.179.100,00
Zuweisungen Land	1.361.700,00	1.328.100,00	33.600,00
Zuschüsse von Gemeinden	1.197.200,00	1.197.200,00	0,00
03 Auflösungserträge Sonderposten	1.572.600,00	1.572.600,00	0,00
05 Öffentlich-rechtliche Gebühren	4.529.000,00	4.544.700,00	-15.700,00
06 Privatrechtliche Entgelte	646.900,00	615.800,00	31.100,00
07 Kostenerstattungen und -umlagen	2.064.000,00	2.238.600,00	-174.600,00
08 Zinsen und ähnliche Finanzerträge	368.200,00	498.800,00	-130.600,00
11 sonstige ordentliche Erträge	1.653.900,00	1.414.700,00	239.200,00
davon Auflösung von Rückstellungen	363.000,00	170.200,00	192.800,00
Konzessionsabgaben	1.109.000,00	1.170.200,00	-61.200,00
12 Summe der ordentlichen Erträge:	32.978.800,00	33.665.900,00	-687.100,00

### Erläuterungen zu einzelnen Erträgen:

#### 1. Grundsteuer A und B

Nachdem die Grundsteuerhebesätze letztmalig für das Jahr 2001 angepasst wurden, ist über die Haushaltskonsolidierung eine Erhöhung auf 420 % beschlossen worden.

#### 2. Gewerbesteuer

Eine Erhöhung des Hebesatzes von 380 auf 410 % hat zu einer prognostizierte Mehreinnahme von 400.000,00€ im städtischen Haushalt für das Jahr 2010 geführt.

#### 3. Einkommensteuer- und Umsatzsteueranteile

Die Anteile bei der Einkommensteuer für die Stadt Nordenham sind aufgrund der mittelfristigen Steuerschätzung

angepaßt worden. Hier ist mit einer erheblichen Kürzung zu rechnen. Die Prognose geht von einer Mindereinnahme von 9,5 % gegenüber dem Jahre 2009 aus.

Die Prognosen für die Umsatzsteuer gehen von einer leichten Anhebung aus.

#### 4. Zuwendungen und Umlagen

Da die Gewerbesteuereinnahmen der Stadt in den letzten zwei Jahren teils drastisch zurückgegangen sind, waren die Schlüsselzuweisungen durch das Land eine Hauptfinanzierungsquelle für die Stadt Nordenham. Aber durch die Finanzkrise und der damit einhergehenden verminderten Verteilungsmasse (Steuerminderungen) sind Mindereinnahmen von 20,5 % zu erwarten. Zudem hat das Land die Schlüsselzuweisung aufgrund der hohen Liquiditätskredite der Kommunen nicht mehr auf die Finanzhaushalte und Ergebnishaushalte aufgeteilt, sondern nur noch für die Entlastung der Ergebnishaushalte vorgesehen. Eine Verminderung der langfristigen Investitionsdarlehen ist nicht mehr gegeben.

Die hier verbuchten Zuschüsse sind hauptsächlich im Bereich der Kindergärten angesiedelt. Neben dem bisher schon gezahlten Zuschuß erfolgt durch das Land ein Ausgleich für das beitragsfreie Kindergartenjahr. Der Landkreis Wesermarsch zahlt ebenfalls einen Zuschuß als Ergebnis der verhandelten Vereinbarung der Kommunen bezüglich der Kindergartenbetreuung. Als Verhandlungsergebnis wurde aber auch vereinbart, dass 50 % der Kreiszuschusses über eine Erhöhung der Kreisumlage finanziert wird. Für 2008 fand diese Regelung bereits Anwendung.

#### 5. Auflösungserträge aus Sonderposten

Die Auflösungserträge aus Sonderposten sind eine neue Ertragsposition. Hierbei handelt es sich um erhaltene Zuschüsse, Beiträge für Kanalbau- und Straßenbaumaßnahmen, für Straßenausbaumaßnahmen oder für Zuwendungen Dritter für Investitionen in der Vergangenheit. Diese Sonderposten sind entsprechend der damit finanzierten Investitionsgüter abzuschreiben, also als Ertrag aufzulösen. Da die Stadt Nordenham auch über das Konjunkturprogramm und auch über Sanierungsvorhaben Zuschüsse für Investitionen erhalten hat, wird hier genau wie bei den Abschreibungen auch, laufend eine Anpassung nach Neuberechnung erforderlich sein.

#### 6. Öffentlich-rechtliche Gebühren

Die wichtigste Position in diesem Bereich stellen die Kanalbenutzungsgebühren dar.

Die Gebühren für die Benutzung der öffentlichen zentralen Abwassereinrichtungen sind für das Jahr 2010 aufgrund der zweckgebundenen Rücklage gesenkt worden und weisen damit im Vergleich zu allen Kommunen in Niedersachsen einen äußerst günstigen "Preis" für die Abwasserentsorgung aus.

In Zusammenhang mit der über die Haushaltskonsolidierung vorzunehmenden Grundsteuererhöhungen bleibt festzuhalten, dass mit der gleichzeitigen Gebührenanpassung keine zusätzlich finanzielle Belastung der Bürger bei den Grundstücksabgaben entstanden ist.

	Gebühr	Gesamtaufkommen
a. Schmutzwassergebühr	1,44 €/m <sup>3</sup>	1.920.600,00
b. Niederschlagswasser Haushalte	0,36 €/m <sup>2</sup>	443.500,00
c. Niederschlagswasser Straßen	0,39 €/m <sup>2</sup>	311.800,00

Die Straßenreinigungsgebühr in der Fußgängerzone ist nicht geändert worden:

Die Gebühren stellen sich wie folgt dar:

Reinigungsklasse I	19,08 €/lfd. Meter
Reinigungsklasse II	8,84 €/lfd. Meter

Eine Anpassung der Gebühren fand dagegen bei den Eintrittsentgelten der Hallenbäder statt. Hier wird mit einer Mehreinnahme von rd. 60.000,00 € gerechnet.

Bei den Baugenehmigungsgebühren ist zwar keine Gebührenerhöhung vorgenommen worden, aber durch eine Anpassung der in den vergangenen Jahren erzielten und den erwarteten Bautätigkeiten (Industrie und Gewerbe) wird mit einer Mehreinnahme von 220.000 € gerechnet. Damit einher geht aber auch die Erhöhung der Kosten für die Inanspruchnahme von Dritten, z. B. für Prüfengeure.

#### 7. Privatrechtliche Entgelte

Die Einnahmen sind bis auf die Anpassung der Entgelte für die Benutzung der Stadthalle Friedeburg konstant geplant. Bei der Friedeburg gab es Anpassungen in Höhe von rund 10.000 €.

## 8. Kostenerstattungen

Hier werden Erstattungen von Dritten für Aufwendungen gebucht. Unter anderem werden Kostenerstattungen des Landkreises für die Nutzung der städtischen Gebäude, Sportanlagen und Kreisstraßen gezahlt. Die durch den Umzug der Schule Am Luisenhof entstehenden Mindererträge für die Schule FAH in Höhe von ca. 120.000 € sind berücksichtigt worden.

Da im Jahre 2010 keine Wahlen stattfinden, vermindert sich der Erstattungsbetrag gegenüber 2009 um 20.000 €. Die Personalaufwendungen "Wahlen" werden hier trotzdem nachgewiesen, um die Vorbereitung und die Kontinuität der Aufgabe nachzuweisen.

## 9. Zinsen und ähnliche Finanzerträge

Die Ausleihungen der Stadt an Arbeitgeber und verbundenen Unternehmen werden jährlich getilgt, so dass eine immer geringerer Zinsertrag entsteht. Gleichzeitig erhöht sich jedoch auch die Finanzierungsmasse um die getilgten Beträge. Die hier gebuchten Gewinnanteile sind nach oben angepasst worden.

Aufgrund der Krisensituation wird für die zu erhebenden Nachzahlungszinsen bei den Gewerbesteuern von einem Minderertrag von rund 100.000 € ausgegangen. Hier ist aber gleichzeitig auch eine Anpassung bei den Zinsauszahlungen erfolgt.

## 10. Sonstige ordentliche Erträge

Hierzu zählen insbesondere die Erträge aus Konzessionsabgaben aus Strom und Gas. Auch die Auflösungen aus der Personalarückstellungen werden hier gegengebucht.

### b. Bei den Aufwendungen sind folgende Positionen erwähnenswert:

Bezeichnung	2010	2009	Vergleich
13 Personalaufwendungen	13.212.200,00	12.359.400,00	852.800,00
davon Beamte	979.300,00	929.200,00	50.100,00
Arbeitnehmer	8.546.600,00	8.149.200,00	397.400,00
Pensionsrückstellung	290.800,00	276.600,00	14.200,00
Rückstellung Altersteilzeit	234.200,00	9.700,00	224.500,00
15 Sach- und Dienstleistungen	6.631.400,00	6.363.400,00	268.000,00
davon Gebäudeunterhaltung	990.400,00	1.066.200,00	-75.800,00
Unterhaltung unbeweglichen Verm.	911.100,00	788.300,00	122.800,00
Unterhaltung bewegliches Verm.	519.400,00	583.900,00	-64.500,00
Leasing	32.200,00	50.700,00	-18.500,00
Bewirtschaftung der Grundstücke	1.554.100,00	1.547.200,00	6.900,00
Verwaltungs- u Betriebsaufw.	2.100.700,00	1.690.500,00	410.200,00
16 Abschreibungen	3.560.900,00	3.462.100,00	98.800,00
17 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.042.200,00	1.907.000,00	135.200,00
18 Transferaufwendungen	13.831.650,00	16.974.850,00	-3.143.200,00
davon Zuweisungen und Zuschüsse	1.768.350,00	1.689.650,00	78.700,00
Gewerbesteuerumlage	922.000,00	1.488.200,00	-566.200,00
allgemeine Umlagen an Gemeinden	10.321.300,00	12.977.000,00	-2.655.700,00
19 sonstige ordentliche Aufwendungen	1.372.200,00	1.265.600,00	106.600,00
davon ehrenamtliche und sonstige Tätigk.	159.500,00	168.000,00	-8.500,00
Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	168.700,00	146.200,00	22.500,00
Geschäftsaufwendungen	598.000,00	496.500,00	101.500,00
20 SUMME ordentliche Aufwendungen	40.782.550,00	42.332.350,00	-1.549.800,00

### Erläuterungen zu den Aufwendungen

#### 1. Personalaufwendungen

Aufgrund der Erfahrungen mit dem ersten doppeljährigen Jahr 2009 (inklusive Rückstellungspflichten für Pensionen und Altersteilzeiten) mussten die Personalansätze 2010 wieder auf das Niveau des Stammhaushaltes 2009 angehoben werden. Eine Einsparung war aufgrund des Jahresergebnisses in diesem Bereich leider nicht möglich. Hinzu sind für 2010 noch die zu erwartenden tariflichen Erhöhungen um 2,5 % einzurechnen, so dass bei den

Personalaufwendungen mit einer zusätzliche Belastung für den Haushalt in Höhe von 852.800 € auszugehen ist. Von dieser Summe sind allerdings die Zuführungen an die Pensionsrücklage und die Altersteilzeitrücklage nicht kassenwirksam und belasten demnach zumindest die Liquidität der Stadtkasse aktuell noch nicht.

## 2. Versorgungsaufwendungen

Durch die geänderte Haushaltssystematik sind hier zurzeit noch keine Beträge eingesetzt. Eventuell kommt es noch bei einzelnen Beträgen für Beihilfe für Pensionäre zu Verschiebungen aber nicht zu Erhöhungen der Ansätze.

## 3. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Im Zuge der Anpassung der Verwaltungsstruktur ist das Amt für Gebäudewirtschaft dem Gebäudemanagement zugeordnet worden. Aus diesem Grunde sind die Bewirtschaftungsmittel der einzelnen Gebäude auch auf die Produkte aufgeteilt worden. Um hier in Zukunft wieder Synergieeffekte zu erzielen, wird die Struktur ab dem Jahre 2011 dahingehend geändert, dass eine zentrale Bewirtschaftung stattfindet und alle Haushaltsmittel im Produkt "Gebäudewirtschaft" zur Verfügung gestellt werden. Eine Zuordnung der Kosten auf die einzelnen Einrichtungen wird durch die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung gewährleistet. Da weiterhin das Mieter /Vermieter - Modell zum Tragen kommt, erfolgen innerhalb der Produkte interne Leistungsverrechnungen. Das Maß und der Inhalt dieser internen Leistungsverrechnung werden im Jahre 2010 zu erarbeiten sein. Hierzu war bereits eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe im Jahre 2009 einberufen worden. Aufgrund der fehlenden Verrechnungssätze konnte das Vorhaben für 2010 noch nicht realisiert werden.

Anpassungen der Strom- und Gaspreise wurden für die kommenden Jahren defensiver angesetzt, weil sich die erheblichen finanziellen Anstrengungen im investiven Bereich in den städtischen Einrichtungen für energetische Maßnahmen positiv auswirken werden.

Ein besonderer Schwerpunkt wird in der nächsten Zeit der Austausch der ab dem Jahre 2015 verbotenen Quecksilberlampe im Straßenbereich darstellen. In einem wichtigen ersten Schritt sind für das Jahr 2010 Austauschmöglichkeiten auf LED in Höhe von 250.000,00 € eingeplant. Im gleichen Zuge sollen ebenfalls die Signalanlagen angepasst werden. Der Aufwand wird in den nächsten Jahren fortgesetzt. Fördermöglichkeiten werden zurzeit noch geprüft. Nach den derzeitigen Berechnungen entfallen auf die Unterhaltung der Straßenbeleuchtung und der Signalanlagen im Jahre 2009 Kosten in Höhe von 560.900 €. Durch den Austausch mit einem jährlichen Aufwand von 250.000 € bis zum Jahre 2014 (=Gesamt 1.250.000,00 €) werden ab dem Jahre 2015 laufende Kosten von rd. 190.000,00 € jährlich bei den Energieaufwendungen eingespart. Diese Einsparungen erhöhen sich in jedem Jahr und werden in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt.

Weiterhin wird das Projekt mit Investitionen unterstützt, wenn komplette Straßenbeleuchtungen abgängig sind. Dies wird zunächst für 2010 im investiven Bereich für die Straßen vom Am Kiebitzberg bis zur Luisenstraße geplant. Allein durch diese Sanierung der Beleuchtung für 62 Lichtpunkte wird eine Kosteneinsparung von 75 % erreicht.

## 4. Abschreibungen

Die Abschreibungen ergeben sich zwangsläufig aus den Investitionen und sind jährlich fortzuschreiben.

## 5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinslast bezieht sich auf zwei unterschiedliche Arten von Darlehen:

1. langfristige Investitionsdarlehen
2. kurzfristige Liquiditätsdarlehen

Das später noch näher zu erläuternde Investitionsprogramm sieht eine ganze Reihe von wertsteigernden Maßnahmen vor, die andererseits zu einer Neuverschuldung führen und damit die Zinslast ab dem Jahre 2010 steigern. Gegenläufig reduzieren sich hierdurch in erheblichem Maße die Energiekosten und der Unterhaltungsaufwand dieser Objekte in den Folgejahren.

Aufgrund der Bankenkrise gestaltet sich eine Prognose über die Entwicklung der Liquiditätskredite problematisch. Nach der bisherigen Prognose ist ein Liquiditätskredit für 2010 in Höhe von 22 Mio € einzuplanen. Bei einem gegenüber 2009 unveränderten Zinssatz ergibt sich eine Zinsbelastung von 280.600 € jährlich.

## 6. Transferaufwendungen

Hierunter werden Übertragungen von Ressourcen auf Dritte ohne Gegenleistungsverpflichtung verstanden. Dazu gehören Zuschüsse an Vereine, aber auch die Betriebskostenbeteiligung der Stadt an die Kindergärten der freien Träger.

Ebenfalls ist die Gewerbesteuerumlage aufgrund der Einzahlungen bei der Gewerbesteuer hierunter zu führen, als auch die Kreisumlage.

Durch das bereits beschlossene Haushaltssicherungskonzept 2010 sind sich die Zuschüsse an Vereine und Verbände um 25 % gekürzt worden. Da aber durch die Zuschüsse an die freien Kindergartenträger ebenfalls tarifliche Erhöhungen bei den Personalaufwendungen von nahezu 200.000 € einzubeziehen waren, ist eine Ersparnis in der erwarteten Höhe nicht eingetreten.

Folgende erhebliche Aufwendungen werden aufgrund von vertraglichen Vereinbarungen geleistet:

Zuschuss Kinderschutzbund	50.000,00
Zuschuss Arbeitslosenzentrum	56.000,00
Zuschuss VBW	100.000,00
Zuschuss Rüstringer Heimatbund	82.700,00
Zuschüsse an freie Kindergartenträger-Betrieb	1.170.000,00
Zuschüsse an freie Kindergartenträger-Gebäude	69.500,00
Zuschuss an die Wirtschaftsförderung LK	18.750,00

## 7. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Bei den Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit ist eine Kürzung über das Haushaltssicherungskonzept geplant. Allerdings mussten die Aufwendungen für die Fahrtkosten und Eintrittsgelder des Schwimmunterrichtes der Grundschulen und der Kindergärten um 14.000 € erhöht und somit dem Vorjahresergebnis angepasst werden. Unter diesen Aufwendungen fallen auch die Kosten für Gutachten privater Prüferingenieure im Zusammenhang mit den Baugenehmigungsgebühren, die von bisher 90.000,00 auf nunmehr 200.000,00 € entsprechend der eingeplanten Baugenehmigungen angepasst werden mussten.

Weiterhin ist hier auch die Beteiligung der Stadt Nordenham an den Defiziten der Weserfähre zu buchen.

## 8. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Erträge durch Vermögensveräußerung über dem Buchwert bzw. unter dem Buchwert sind nachzuweisen. Außerdem sind empfangene Schadensersatzleistungen und periodenfremde Erträge und Aufwendungen hier zuzuordnen. Naturgemäß sind solche Aufwendungen und Erträge grundsätzlich nicht planbar.

## 9. Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsverrechnungen

Diese Beziehungen stellen zwar nicht zahlungswirksame Vorgänge dar, sind aber in den einzelnen Produkten nachzuweisen. Zurzeit werden hauptsächlich Leistungen des Baubetriebes für andere Produkte erfasst. Durch die erstmalige Rückführung des Baubetriebes im Jahre 2009 gleichzeitig mit der Einführung der Doppik ist es zu Verschiebungen der Rechnungslegung von der Verwaltung zum Baubetrieb gekommen. Beispielsweise hat der Baubetrieb die Rechnung für die Lieferung von Salz für den Winterdienst zu bezahlen, da die Straßenreinigung zu seinen Aufgaben zählt. Bisher hat der Baubetrieb diese Rechnung bezahlt und über das Tiefbauamt eine Erstattung durch Rechnungslegung erhalten. Diese Erstattung findet in der Doppik in der Form nicht mehr statt, da echtes Geld nicht mehr fließt, sondern eine Verrechnung außerhalb des Kassengeschäftes vorgenommen wird. Dieses geschieht nach dem Grundsatz, dass eine Rechnung nur einmal tatsächlich über die Stadtkasse gezahlt werden kann. Bei der Planung 2010 sind die Ansätze der internen Leistungsverrechnung mit dem Bauhof den Gegebenheiten angepasst worden und werden auch in Zukunft einer genauen Überprüfung unterordnet.

Ab dem Jahre 2011 werden auch die Leistungen der Gebäudewirtschaft erfasst. Mittelfristig ist geplant, weitere interne Leistungsbeziehungen abzubilden, um den Aufwand der einzelnen Produkte genau feststellen zu können.

## 10. Haushaltssicherungskonzept

Das Konzept ist überarbeitet und den Hinweisen des Innenministeriums zur Aufstellung und inhaltlichen Ausgestaltung angepasst worden. Die Aufsichtsbehörde hat die aktuelle Fassung entsprechend der Auflage zur Genehmigung des Haushaltes 2009 fristgerecht erhalten. Diese Fassung ist sowohl nach den bisherigen Ergebnissen als auch redaktionell in einigen Punkten nachgearbeitet worden. Da das Konzept 2009 nicht die Zustimmung der Aufsichtsbehörde fand und die Kritik sich sowohl an die Darstellung als auch an Inhalte richtete, ist auf einen Bericht für 2009 im Zuge der Neuauflage für 2010 verzichtet worden. Ein Bericht wird im Rahmen des Lageberichtes 2009 abgegeben und ab 2011 jeweils mit einem aufzustellenden Haushaltssicherungskonzept. Gemäß § 82 Abs. 6 NGO ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden kann.

Im Haushaltssicherungskonzept ist der Zeitraum festzulegen, innerhalb dessen der Haushaltsausgleich wieder erreicht werden soll. Es sind die Maßnahmen darzustellen, durch die der ausgewiesene Fehlbedarf abgebaut und das Entstehen eines neuen Fehlbedarfs in künftigen Jahren vermieden werden soll. Das Haushaltssicherungskonzept ist spätestens mit der Haushaltssatzung vom Rat zu beschließen und der Kommunalaufsichtsbehörde mit der Haushaltssatzung vorzulegen.

Die vorgegebenen Konsolidierungsziele lauten

1. Abbau des ausgewiesenen Fehlbedarfs
2. Vermeidung eines neuen Fehlbedarfs
3. Bericht über den Erfolg der Konsolidierungsmaßnahmen

*Die Kommunalaufsicht hat hierzu am 29.12.2009 vermerkt, dass das vorgelegte Haushaltssicherungskonzept zur Kenntnis genommen wurde. Es werde erwartet, dass dies angesichts der prekären Haushaltssituation um deutlich weitergehende Maßnahmen ergänzt, mit der Haushaltssatzung 2010 beschlossen und der Aufsicht vorgelegt wird.*

## 4. Finanzhaushalt

Im Finanzhaushalt werden die Einzahlungen und Auszahlungen dargestellt.

### Anmerkung:

Aufgrund einer bisher falschen statistischen Zuordnung hat sich der Finanzplan gegenüber dem 2. Nachtrag 2009 in folgenden Punkten geändert:

Die Sachkonten 656100 "Bußgelder" + 656200 "Säumniszuschläge u.ä." werden nicht mehr der Gruppierung 8 "Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände" zugeordnet, sondern der Gruppierung 9 "sonstige haushaltswirksame Einzahlungen".

## 5. Investitionsprogramm

Das Investitionsprogramm wird als Anlage beigefügt. In der ebenfalls anliegenden ausführlichen Zusammenstellung in Tabellenform sind die Einzelmaßnahmen und die sich daraus ergebende Verschuldungsentwicklung dargestellt. Die Darstellung im Investitionsprogramm wird zukünftig anhand von Projekten erfolgen.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen hat der Stadtrat bei folgenden Maßnahmen auf die Ermächtigungsübertragung von 2009 auf 2010 verzichtet. Die hierfür nicht mehr benötigten Darlehen tragen zu einer verminderten Verschuldung bei:

Rathaus	2009	4.000,00	Planung Beleuchtung
FZB Störtebeker	2009	130.000,00	BHKW
Hallenbad Nord	2008	26.500,00	Gutachten und Sanierung Dachbinder
Kanal Fritz-Reuter-Str.	Vorjahre	290.500,00	
Straße Fritz-Reuter-Str.	Vorjahre	196.621,00	
Wirtschaftswege	2009	188.885,97	
SUMME		836.506,97	

## 6. Verschuldung

Die mittelfristig durch die geplanten Maßnahmen entstehende Neuverschuldung ist im Investitionsprogramm nachgewiesen.

Jahr	2010	2011	2012	2013
01.01.	38.479.100,00	41.640.900,00	41.298.500,00	41.546.900,00
Neuverschuldung	3.161.800,00	0,00	248.400,00	405.900,00
Entschuldung	0,00	342.400,00	0,00	0,00
31.12.	41.640.900,00	41.298.500,00	41.546.900,00	41.952.800,00
abzügliche rentierliche Schulden *	15.300.000,00	14.700.000,00	14.100.000,00	13.500.000,00
<b>verbleiben</b>	<b>26.340.900,00</b>	<b>26.598.500,00</b>	<b>27.446.900,00</b>	<b>28.452.800,00</b>

\* Die rentierlichen Schulden sind Ausleihungen an Dritte.

Zu berücksichtigen ist, dass es durch die Investitionen im energetischen Bereich und auch bei den Grundstückserwerben zu kurzfristigen Rückläufen kommt, da Energieeinsparungen und Unterhaltungseinsparungen erzielt werden. Die Auswirkungen werden in der mittelfristigen Finanzplanung dargestellt.

Daneben ist mit einer weiteren Darlehensaufnahme zu rechnen, da die Kassenliquidität sichergestellt werden muß. Im Jahr 2009 konnten zeitweise folgende Liquiditätsmittel in Anspruch genommen werden:

1. aus Liquiditätsdarlehen	10.500.000 €	
2. Rücklagen: Schmutzwasserrücklage	985.000 €	
Regenwasserrücklage	66.000 €	
Tierheimrücklage	3.000 €	
Köhrmann-Rücklage	40.000 €	
3. aus Investitionsmittel der früheren Rücklage	1.650.000 €	
Zwischensumme		13.244.000 €
Unterdeckung 2010		7.800.000 €
Kalkulatorische Sicherheit		1.000.000 €
Endsumme		22.044.000 €

Für das Jahr 2010 wird mit einer weiteren Unterdeckung von 7,8 Mio € gerechnet. Es muss davon ausgegangen werden, dass die von der Kasse in Anspruch genommenen Liquiditätsdarlehen aus den Rücklagen ihrem ursprüngliche Zweck zeitnah zugeführt werden müssen, so dass in der Haushaltssatzung eine Aufnahme von 22 Mio € inklusive einer Sicherheitsgröße von rund 1 Mio € verankert werden sollte. Die Aufnahme dieser Mittel wird nur dann erforderlich werden, wenn die Kassenliquidität dies tatsächlich erfordert.

## 7. Demografische Entwicklung

Die prognostizierten Bevölkerungszahlen lassen sich durch aktives Handeln und Gegenstrategie positiv beeinflussen. Mit dem Demografiebericht liegen Daten vor, die als Grundlage für das Handeln der Stadt dienen sollen. Es wurde eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe und eine Ratsarbeitsgruppe gebildet, die Handlungsempfehlungen erarbeiten. Themen sind unter anderem:

- Kinderbetreuungseinrichtungen
- Auslastung der Grundschulstandorte
- Seniorenbetreuung
- Wohnungs- und Immobilienmarkt
- Infrastruktur der Stadtteile
- Wirtschaftsstandort, Arbeitskräftepotential

Da die Wanderungsbilanz aufzeigt, dass die Abwanderung aus Nordenham hauptsächlich in den Altersgruppen zwischen 18 und 45 Jahren erfolgt, liegt es nahe, dass die Gründe für den Wegzug mit den Ausbildungsmöglichkeiten und der Arbeitswelt in Nordenham zusammenhängen. Der Erhalt der jetzigen Arbeitsplätze und Schaffung neuer muss ein Ziel sein.

Einhergehend muss eine Infrastruktur vorhanden sein, die das Leben in Nordenham lebenswert macht. Bildungseinrichtungen, Sportmöglichkeiten, Kulturstätten, Öffentlicher Personennahverkehr usw. sind notwendig. Trotzdem muss auch über den Fortbestand aller Einrichtungen vor dem Hintergrund der sich wandelnden Altersstruktur in der Stadt befunden werden.

Die Daten des Demografieberichts unterstützen bei den Entscheidungen, die für die Zukunft getroffen werden müssen. Der Demografiebericht ist dem Haushaltsplan als Anlage beigefügt.

Nordenham, 08.03.2010  
In Vertretung

aufgestellt:  
Amt für Finanzen und Steuern

Brunßen  
Städtischer Direktor

Freese  
Stadtamtsrat

Als Anlage zum Vorbericht folgen Haushaltskennzahlen und statistische Angaben.

## Ertragsanalyse

**Steuerquote** (= Steuererträge \* 100 / ordentliche Erträge)

**Plan 2009 / 2.Nachtrag** 16.490.300 € \* 100 / 33.665.900 € = 48,98%

**Plan 2010** 17.030.200 € \* 100 / 32.978.800 € = 51,64%

## **Allgemeine Umlagen- und Zuwendungsquote**

(= Umlagen + Zuwendungen \* 100 / ordentliche Erträge)

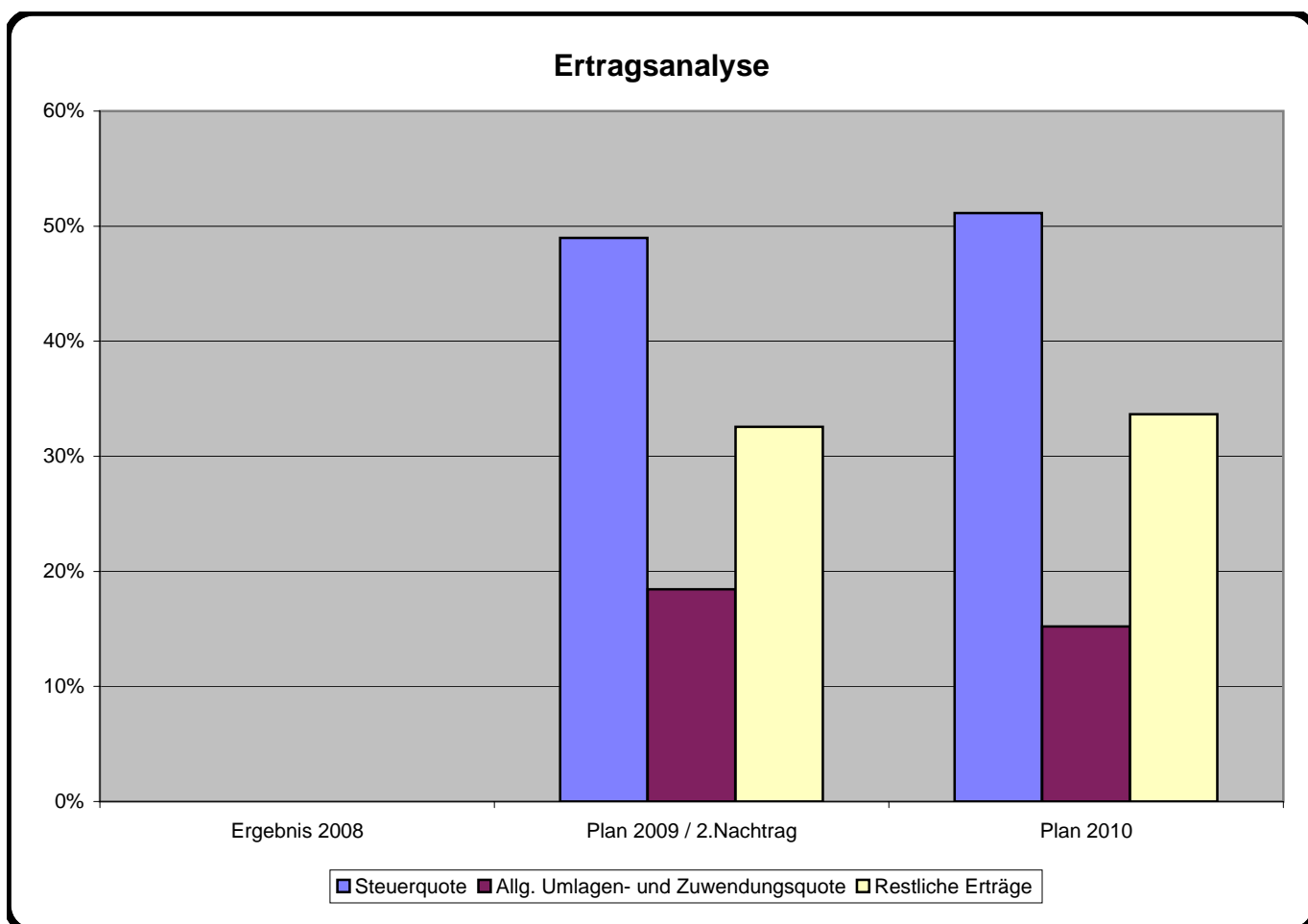
**Plan 2009 / 2.Nachtrag** 6.210.400 € \* 100 / 33.665.900 € = 18,45%

**Plan 2010** 5.065.900 € \* 100 / 32.978.800 € = 15,36%

## **Restliche Erträge**

**Plan 2009 / 2.Nachtrag** = 32,57%

**Plan 2010** = 33,00%



## Aufwandsanalyse

**Personalintensität 1** (= Personalaufwendungen \* 100 / ordentliche Aufwendungen)

<b>Plan 2009 / 2.Nachtrag</b>	12.359.400 €	* 100 /	42.332.350 €	=	29,20%
<b>Plan 2010</b>	13.212.200 €	* 100 /	40.782.550 €	=	32,40%

## **Sach- und Dienstleistungsintensität**

(= Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen \* 100 / ordentliche Aufwendungen)

<b>Plan 2009 / 2.Nachtrag</b>	6.363.400 €	* 100 /	42.332.350 €	=	15,03%
<b>Plan 2010</b>	6.763.400 €	* 100 /	40.782.550 €	=	16,58%

## **Abschreibungsintensität**

(= Jahresabschreibungen auf Sachanlagevermögen \* 100 / ordentliche Aufwendungen)

<b>Plan 2009 / 2.Nachtrag</b>	3.325.300 €	* 100 /	42.332.350 €	=	7,86%
<b>Plan 2010</b>	3.438.600 €	* 100 /	40.782.550 €	=	8,43%

**Transferaufwandsquote** (= Transferaufwendungen \* 100 / ordentliche Aufwendungen)

<b>Plan 2009 / 2.Nachtrag</b>	16.974.850 €	* 100 /	42.332.350 €	=	40,10%
<b>Plan 2010</b>	13.831.650 €	* 100 /	40.782.550 €	=	33,92%

**Zinslastquote** (= Zinsaufwendungen \* 100 / ordentliche Aufwendungen)

<b>Plan 2009 / 2.Nachtrag</b>	1.907.000 €	* 100 /	42.332.350 €	=	4,50%
<b>Plan 2010</b>	2.042.200 €	* 100 /	40.782.550 €	=	5,01%

## **Verlustrausgleichsquote**

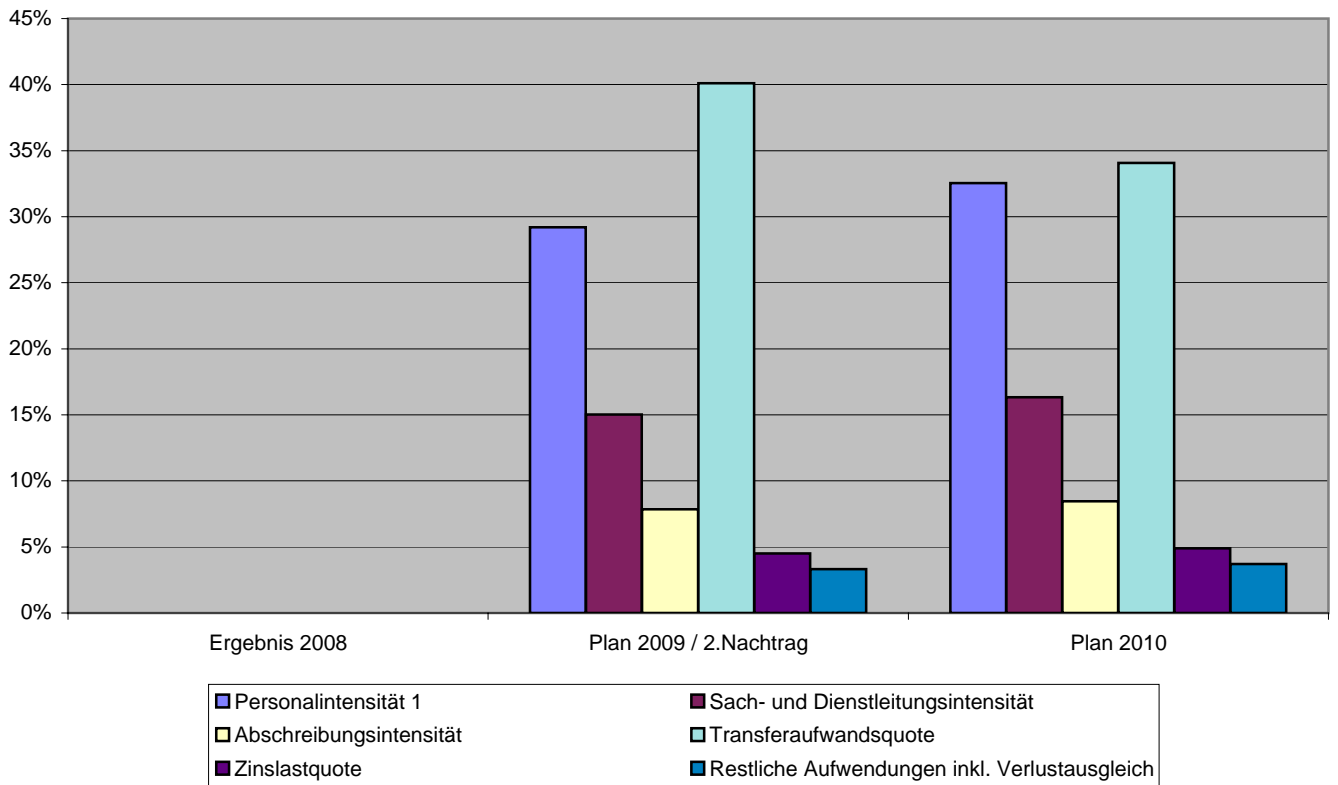
(= Verlustrausgleichzahlungen an kommunale Unternehmen \* 100 / ordentliche Aufwendungen)

<b>Plan 2009 / 2.Nachtrag</b>	210.000 €	* 100 /	42.332.350 €	=	0,50%
<b>Plan 2010</b>	210.000 €	* 100 /	40.782.550 €	=	0,51%

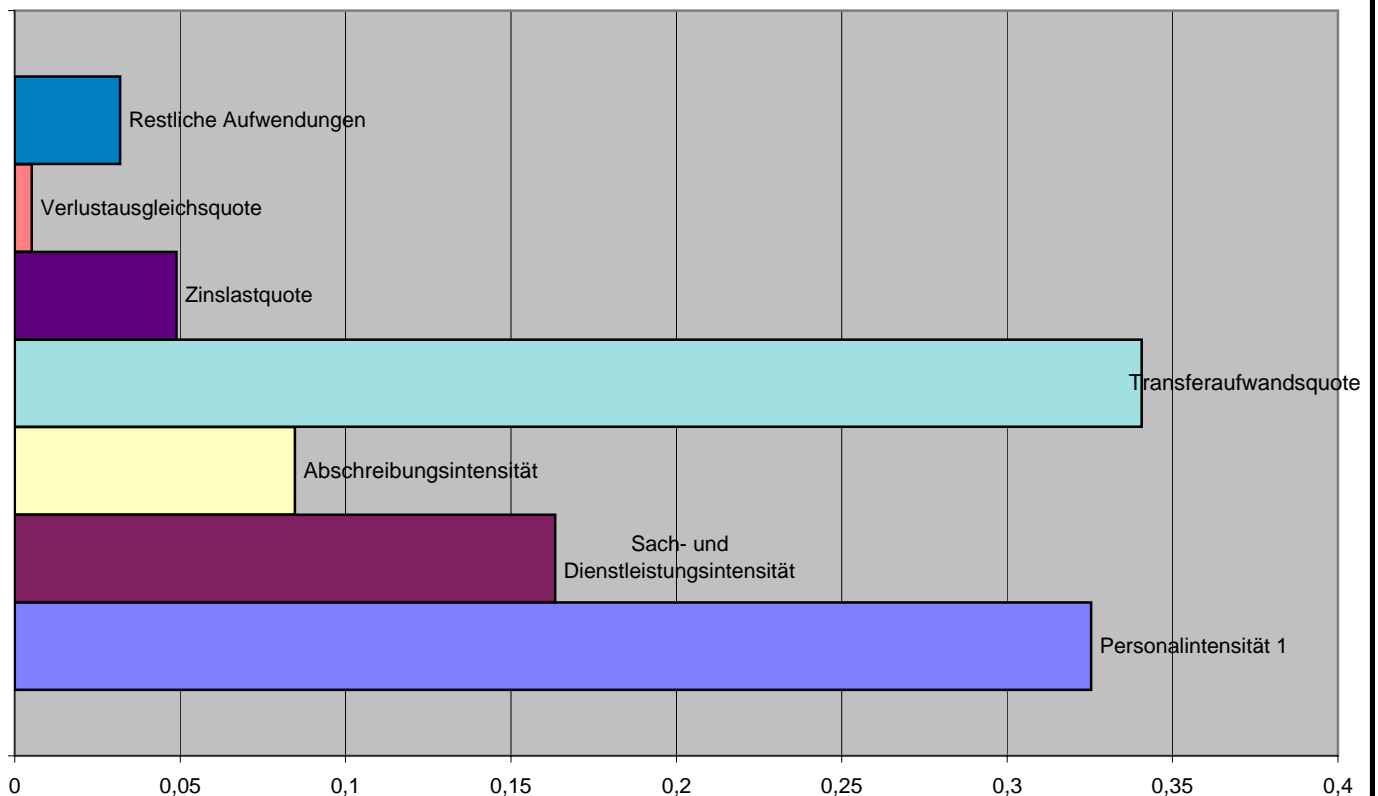
## **Restliche Aufwendungen**

<b>Plan 2009 / 2.Nachtrag</b>	=	2,82%
<b>Plan 2010</b>	=	3,15%
<b>Restliche Aufwendungen</b>		

## Aufwandsanalyse



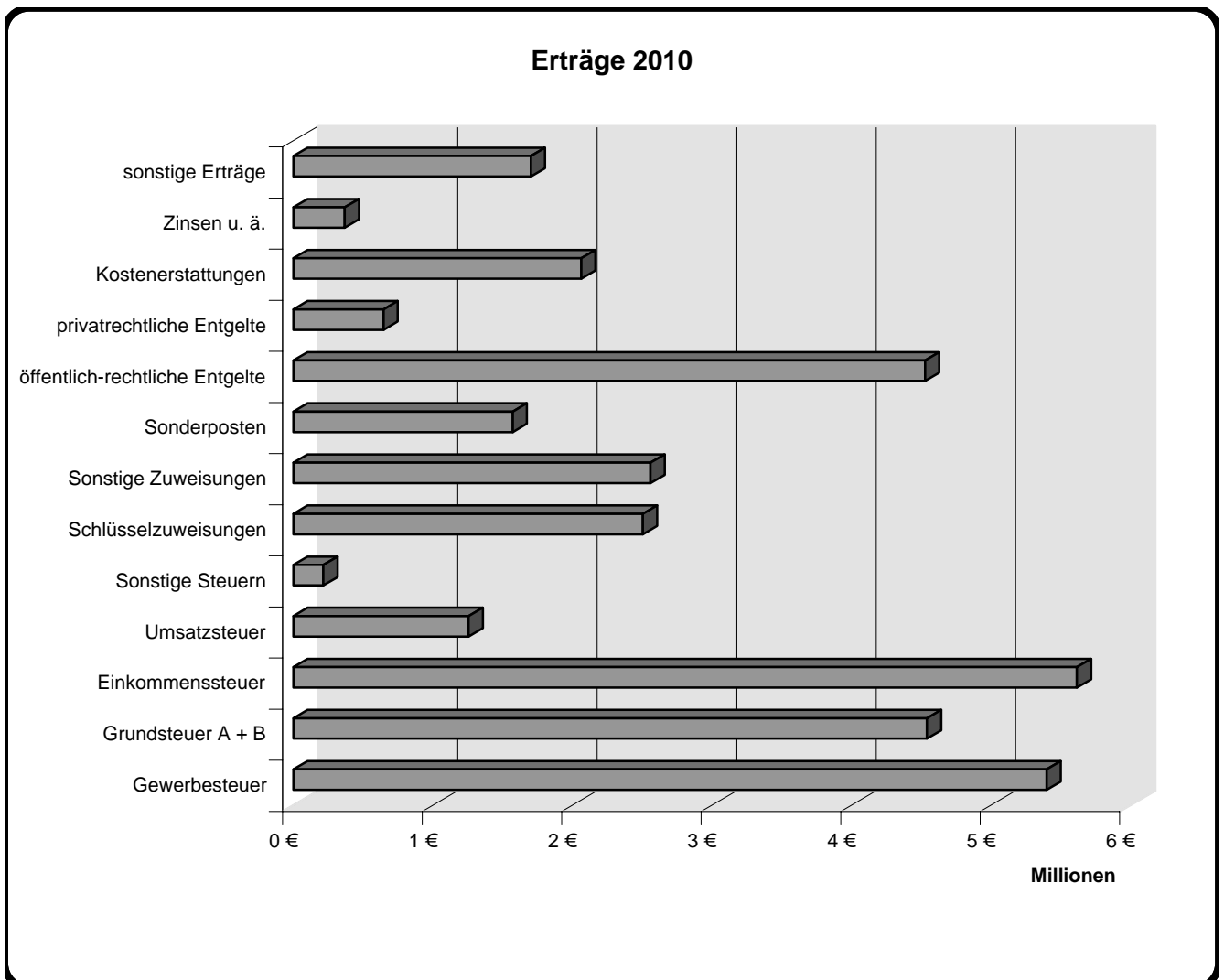
## Aufwandsanalyse 2010



**ordentliche Erträge:**

**Plan 2010**

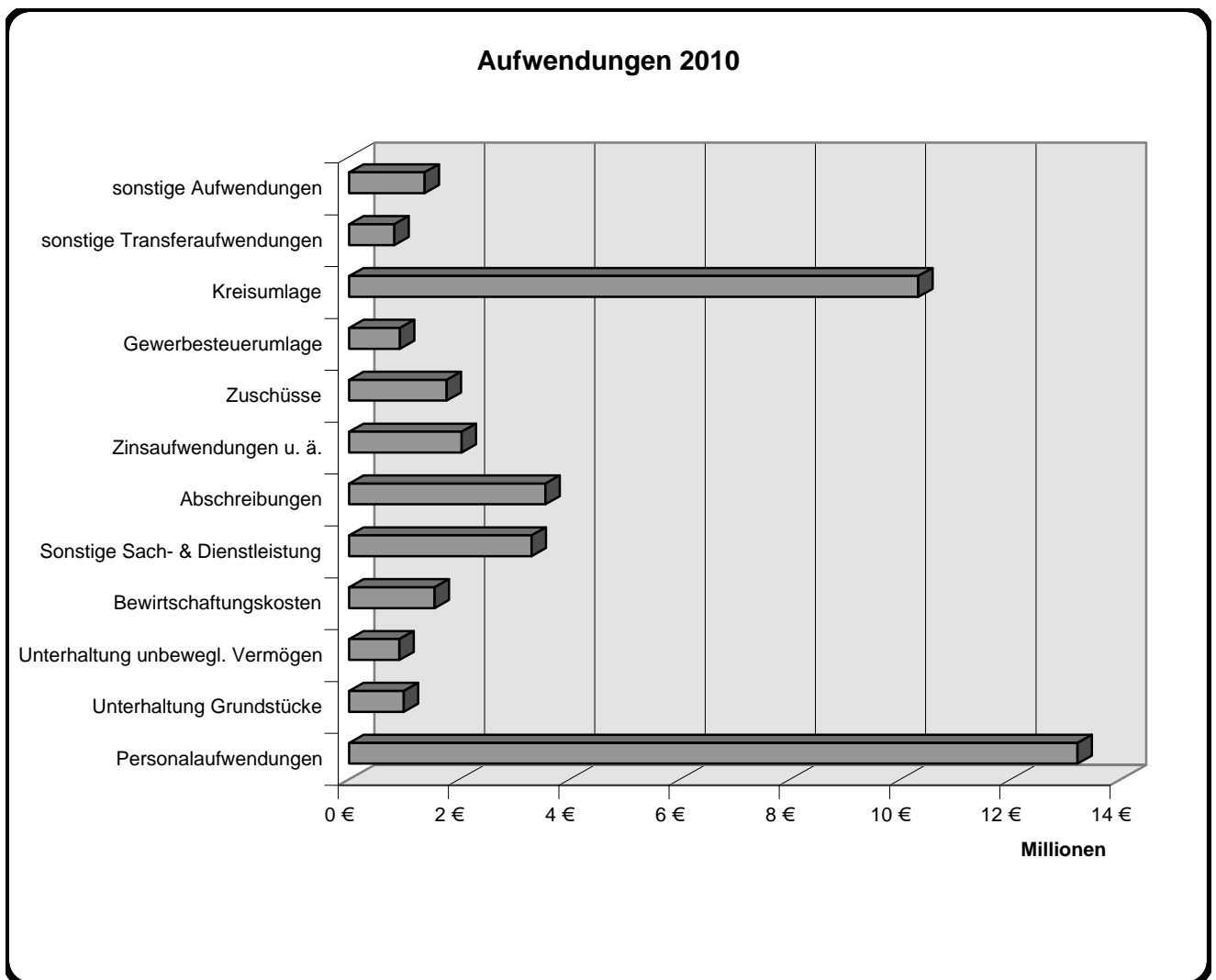
SK	EURO	%
3013 Gewerbesteuer	5.400.000 €	16,37%
3011/3012 Grundsteuer A + B	4.541.900 €	13,77%
3021 Einkommenssteuer	5.617.000 €	17,03%
3022 Umsatzsteuer	1.256.400 €	3,81%
3031/3032 Sonstige Steuern	214.900 €	0,65%
3111 Schlüsselzuweisungen	2.505.800 €	7,60%
313-314 Sonstige Zuweisungen	2.560.100 €	7,76%
3161 u.a. Sonderposten	1.572.600 €	4,77%
331/3321 öffentlich-rechtliche Entgelte	4.529.000 €	13,73%
341-346 privatrechtliche Entgelte	646.900 €	1,96%
348 Kostenerstattungen	2.064.000 €	6,26%
361-368 Zinsen u. ä.	368.200 €	1,12%
351-359 sonstige Erträge	1.702.000 €	5,16%
<b>Summe:</b>	<b>32.978.800 €</b>	<b>100,00%</b>



**ordentliche Aufwendungen**

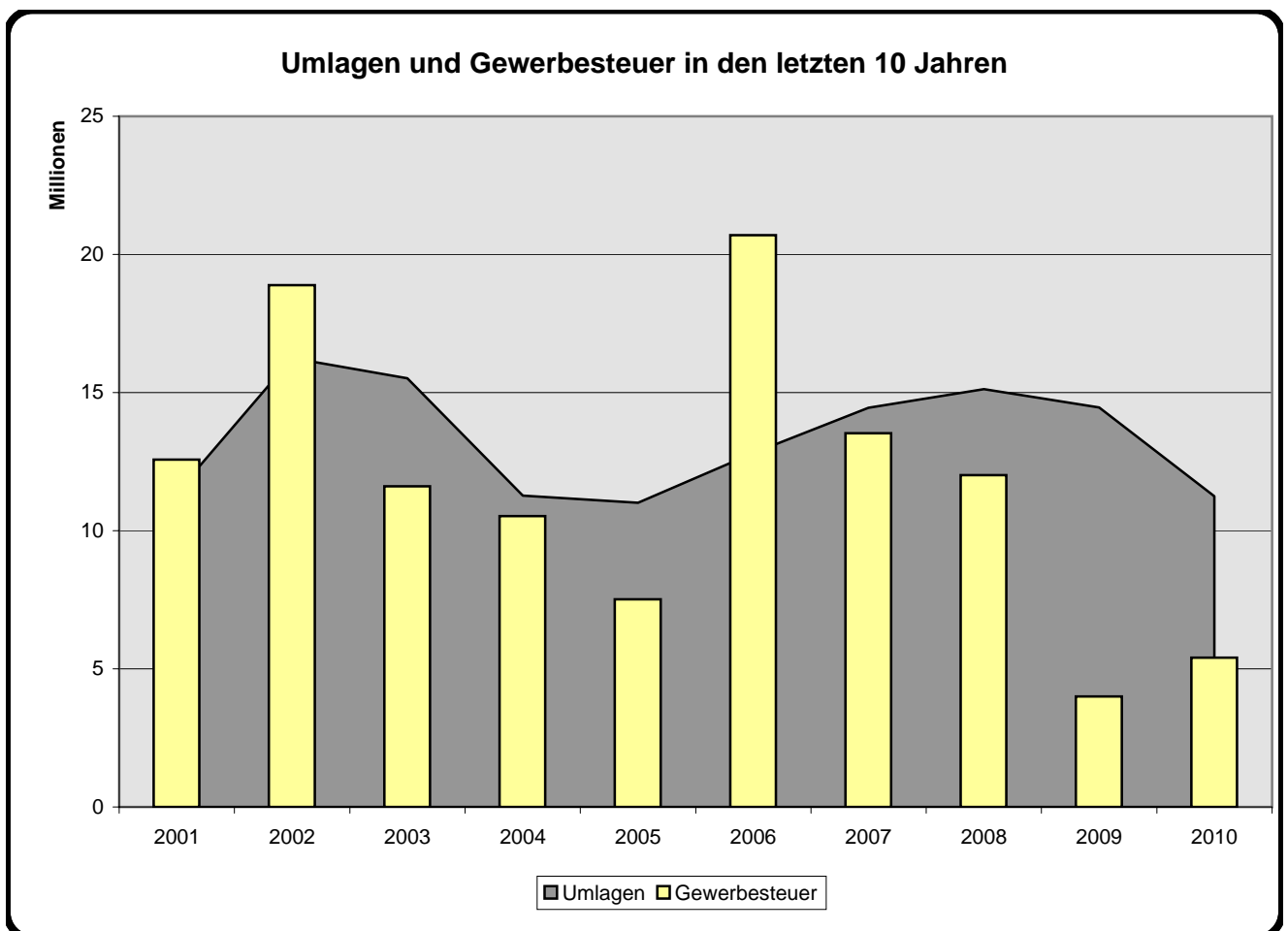
**Plan 2010**

<b>SK</b>		<b>EURO</b>	<b>%</b>
401-407	Personalaufwendungen	13.212.200 €	32,40%
4211	Unterhaltung Grundstücke	990.400 €	2,43%
4212	Unterhaltung unbewegl. Vermögen	911.100 €	2,23%
4241	Bewirtschaftungskosten	1.554.100 €	3,81%
422-429	Sonstige Sach- & Dienstleistung	3.307.800 €	8,11%
4711	Abschreibungen	3.560.900 €	8,73%
451-459	Zinsaufwendungen u. ä.	2.042.200 €	5,01%
4312-4318	Zuschüsse	1.768.350 €	4,34%
4341	Gewerbesteuerumlage	922.000 €	2,26%
4372	Kreisumlage	10.321.300 €	25,31%
4339	sonstige Transferaufwendungen	820.000 €	2,01%
441-449	sonstige Aufwendungen	1.372.200 €	3,36%
<b>Summe</b>		<b>40.782.550 €</b>	<b>100,00%</b>



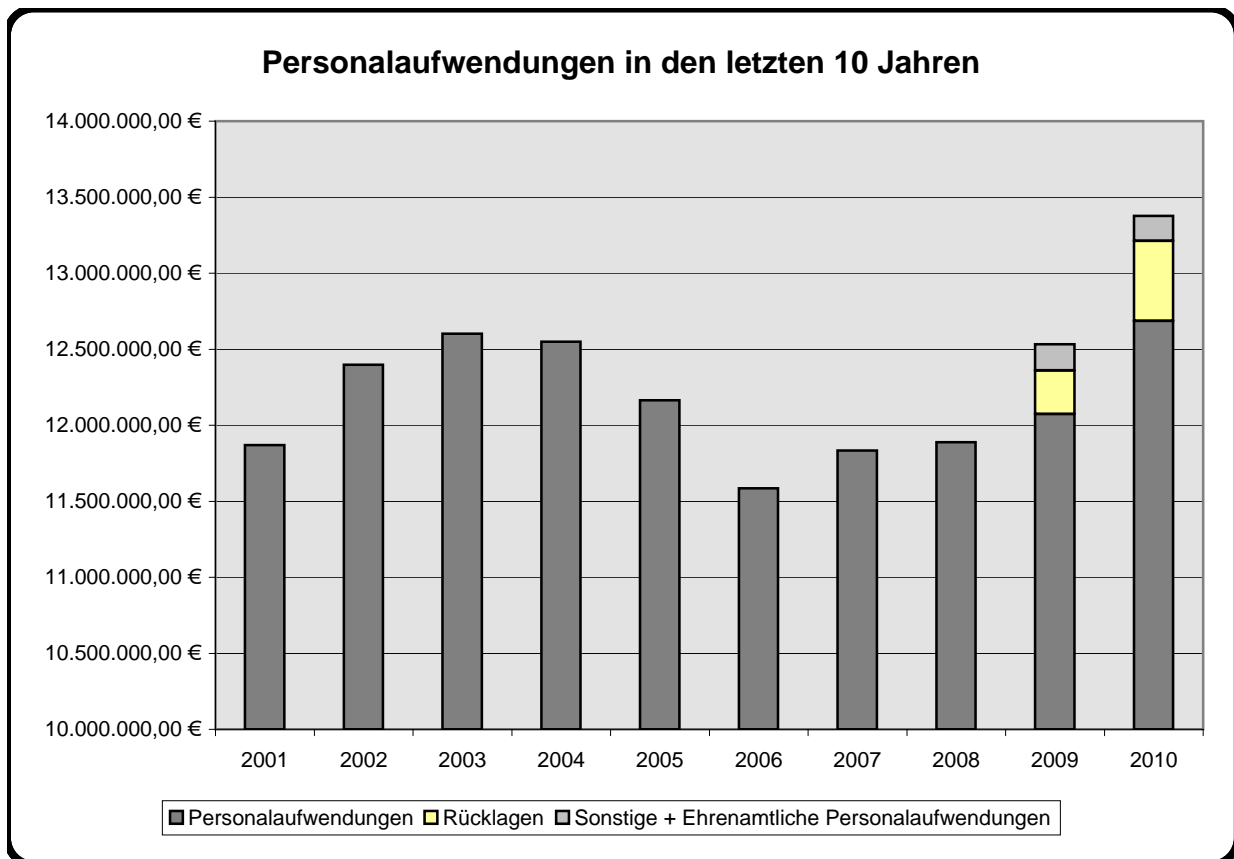
## Entwicklung der Gewerbesteuer und der Umlagen

Jahr	Umlagen	Gewerbesteuer	
1996	10.300.561,91 €	5.753.435,79 €	
1997	9.336.015,91 €	1.822.501,46 €	
1998	9.792.835,27 €	4.255.158,17 €	
1999	11.142.472,51 €	6.627.609,76 €	
2000	12.874.159,31 €	17.738.646,51 €	
2001	11.384.447,53 €	12.567.722,31 €	
2002	16.250.543,25 €	18.889.869,20 €	
2003	15.516.425,00 €	11.609.114,67 €	
2004	11.271.532,00 €	10.530.798,99 €	
2005	11.007.263,00 €	7.517.518,15 €	
2006	12.805.832,00 €	20.692.830,35 €	
2007	14.454.334,00 €	13.527.031,20 €	
2008	15.124.726,00 €	12.014.221,48 €	
2009	14.465.200,00 €	4.000.000,00 €	HH-Soll
2010	11.243.300,00 €	5.400.000,00 €	HH-Soll



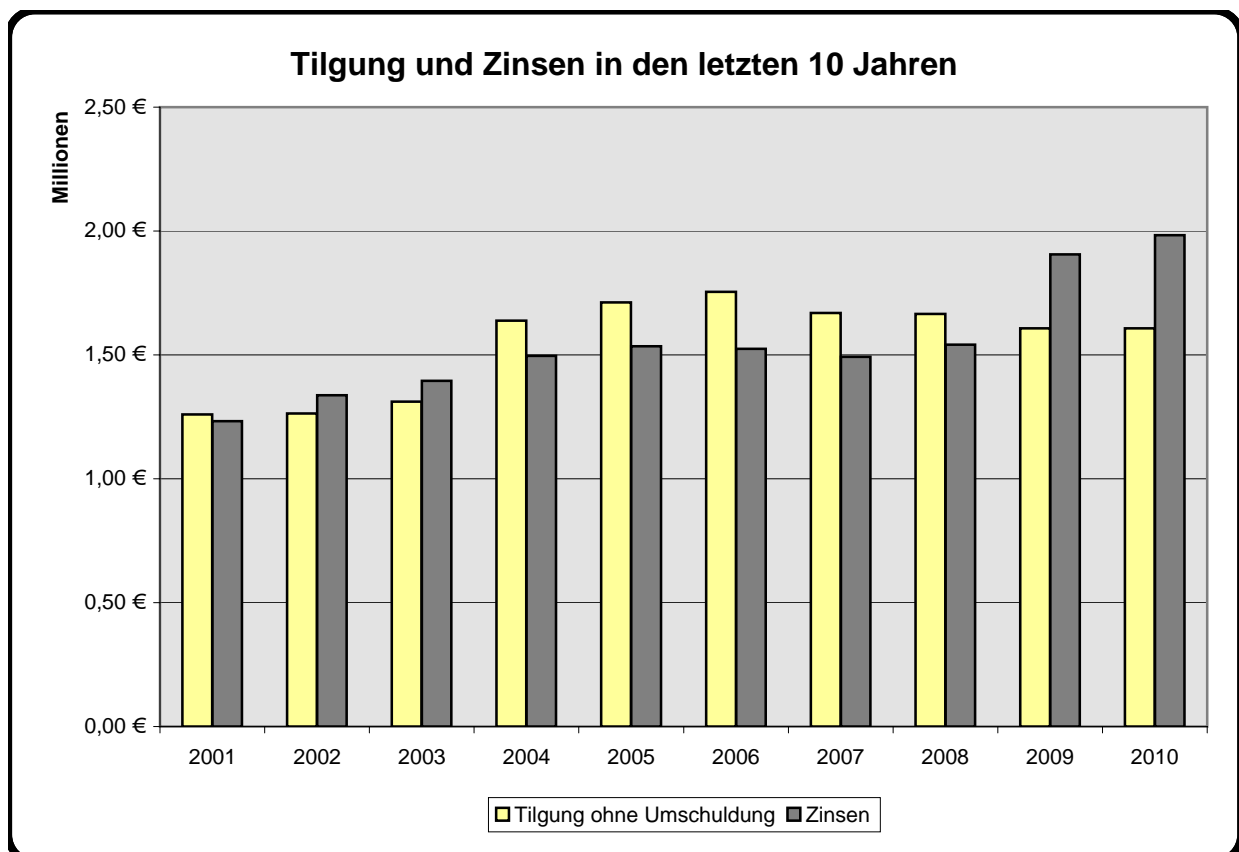
## Entwicklung der Personalaufwendungen

Jahr	Personal- aufwendungen	Rücklagen	Sonstige + Ehrenamtliche Personalaufwendungen	
2000	11.608.416,03 €	0,00 €	0,00 €	
2001	11.869.899,48 €	0,00 €	0,00 €	
2002	12.398.741,49 €	0,00 €	0,00 €	
2003	12.602.685,37 €	0,00 €	0,00 €	
2004	12.550.138,16 €	0,00 €	0,00 €	
2005	12.164.822,84 €	0,00 €	0,00 €	
2006	11.585.021,44 €	0,00 €	0,00 €	
2007	11.833.615,16 €	0,00 €	0,00 €	
2008	11.889.330,49 €	0,00 €	0,00 €	
2009	12.073.100,00 €	286.300,00 €	173.300,00 €	HH-Soll
2010	12.687.200,00 €	525.000,00 €	164.800,00 €	HH-Soll



## Zinsen und Tilgung

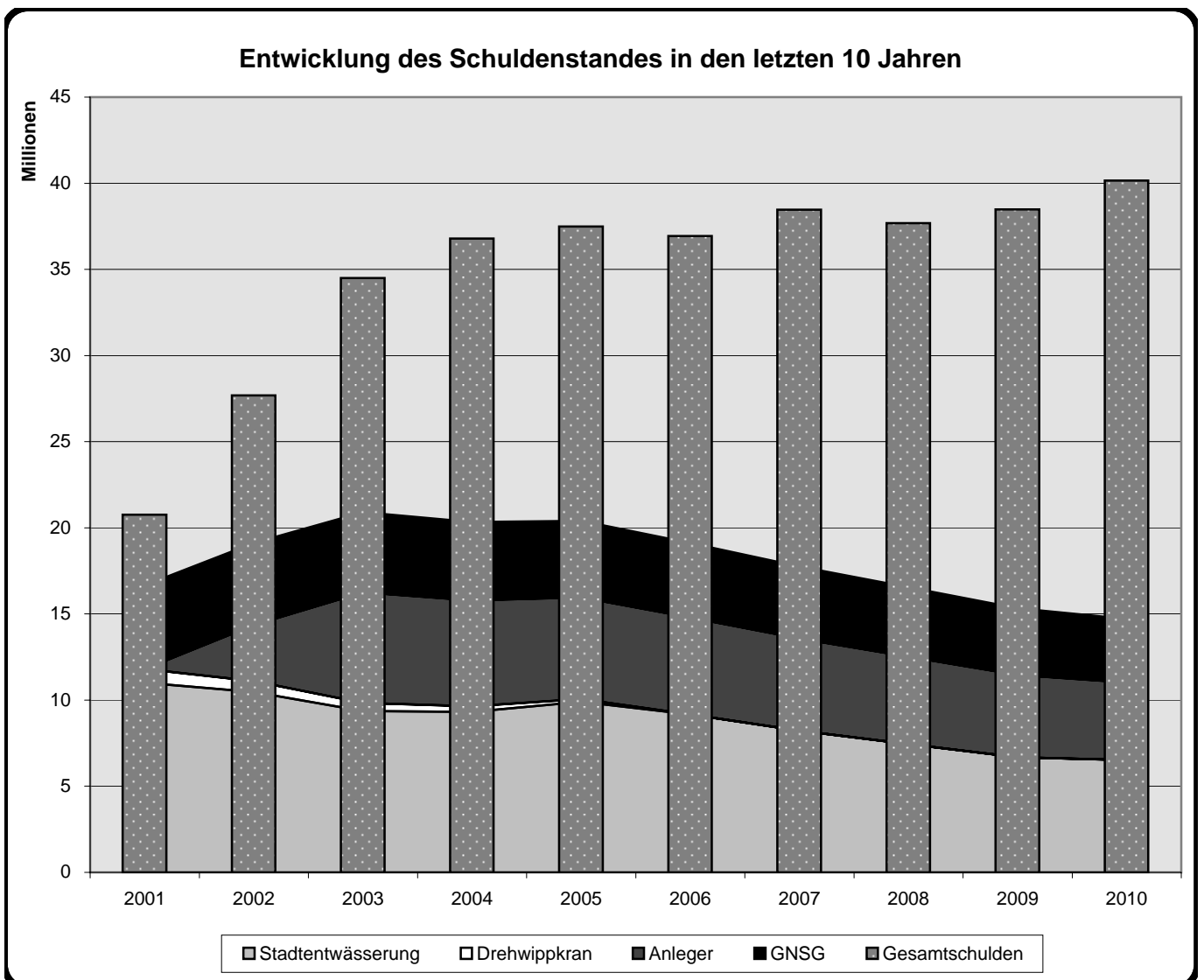
Jahr	Tilgung ohne Umschuldung	Zinsen	
1996	1.367.025,27 €	1.558.249,79 €	
1997	1.347.468,76 €	1.555.711,63 €	
1998	1.336.363,59 €	1.535.131,97 €	
1999	1.360.566,38 €	1.328.551,88 €	
2000	1.261.764,87 €	1.234.586,04 €	
2001	1.259.545,92 €	1.232.140,68 €	
2002	1.262.945,26 €	1.337.522,38 €	
2003	1.310.884,43 €	1.395.967,92 €	
2004	1.637.933,33 €	1.496.694,49 €	
2005	1.711.835,26 €	1.535.519,00 €	
2006	1.754.657,94 €	1.524.942,90 €	
2007	1.669.417,24 €	1.492.618,54 €	
2008	1.664.846,64 €	1.541.095,99 €	
2009	1.607.700,00 €	1.905.800,00 €	HH-Soll
2010	1.607.700,00 €	1.983.700,00 €	HH-Soll



## Entwicklung des Schuldenstandes seit 1996

Jahr	Gesamtschulden	davon rentierlich				SUMME
		Stadtentwässerung	Drehwippkran	Anleger	GNSG	
1996	26.628.803,43 €	10.530.163 €	1.590.118 €			12.120.281 €
1997	25.460.333,98 €	12.263.763 €	1.431.106 €			13.694.869 €
1998	23.865.882,52 €	11.616.792 €	1.272.094 €			12.888.887 €
1999	22.164.202,20 €	13.240.880 €	1.113.082 €			14.353.962 €
2000	22.018.256,45 €	11.678.222 €	954.071 €			12.632.293 €
2001	20.758.710,67 €	11.002.283 €	795.059 €		4.860.000 €	16.657.342 €
2002	27.680.615,42 €	10.470.784 €	636.047 €	3.250.000 €	4.761.048 €	19.117.879 €
2003	34.503.312,24 €	9.365.843 €	477.035 €	6.410.122 €	4.657.291 €	20.910.291 €
2004	36.795.378,91 €	9.316.478 €	318.024 €	6.155.359 €	4.548.495 €	20.338.355 €
2005	37.483.543,65 €	9.906.698 €	159.012 €	5.894.726 €	4.434.414 €	20.394.850 €
2006	36.928.885,73 €	9.167.982 €	0 €	5.627.945 €	4.314.792 €	19.110.718 €
2007	38.459.468,51 €	8.223.388 €		5.354.727 €	4.169.220 €	17.747.334 €
2008	37.684.621,87 €	7.450.567 €		5.074.770 €	4.016.919 €	16.542.256 €
2009	38.479.074,11 €	6.677.746 €		4.787.756 €	3.857.576 €	15.323.077 €
2010	40.152.374,00 €	6.523.495 €		4.493.353 €	3.690.860 €	14.707.708 €

HH-Soll



## Investitionstätigkeit seit 1996

Jahr	Auszahlung für Investitionstätigkeit	davon Baumaßnahmen	
1996	4.228.426,81 €	3.484.432,18 €	
1997	2.862.478,13 €	2.247.364,32 €	
1998	4.397.718,10 €	2.168.031,20 €	
1999	2.945.204,19 €	2.109.602,11 €	
2000	9.533.009,29 €	2.002.536,06 €	
2001	5.124.059,94 €	3.433.596,48 €	
2002	25.326.822,23 €	17.533.419,97 €	
2003	6.511.437,11 €	6.003.843,15 €	
2004	5.960.372,93 €	2.163.916,19 €	
2005	3.245.765,78 €	2.338.271,07 €	
2006	4.715.504,10 €	3.747.836,26 €	
2007	4.113.170,09 €	2.654.622,75 €	
2008	4.504.111,16 €	3.269.890,16 €	
2009	8.321.200,00 €	6.471.000,00 €	HH-Soll
2010	8.628.600,00 €	7.574.500,00 €	HH-Soll

